



pax
christi

Rundbrief Rottenburg-Stuttgart

• Nr. 54
• August 2014



Ökumenisches Friedensschiff
auf dem Bodensee





Liebe Leserinnen und Leser,

mit Bertha von Suttner, deren 100. Todestag im Juni war, und ihrer pazifistischen Überzeugung wird in diesem Rundbrief unsere Reihe »Mutige Frauen für Frieden und Pazifismus« weitergeführt.

Die Informationsstelle Militarisation stellt sich und ihre Arbeit vor (bitte beachten Sie auch den beiliegenden Flyer) und wird regelmäßig ein aktuelles Thema beleuchten. Ein Bericht über die Tagung »Kirche und Rüstung« zeigt, dass in der Württembergischen Landeskirche das Thema kontrovers diskutiert wird, und die Kritischen Aktionäre mischen sich bei Aktionärsversammlungen ein und bringen ihre Anliegen und Forderungen zu Gehör.

Einige Anregungen sind unter den Terminen (S. 16) genannt, und die Unterschriftenliste »Damit ihr klug werdet« liegt bei. In diesem Rundbrief möchten wir Rückblick auf das Ökumenische Friedensschiff halten. Mit vielen Fotos, einem ausführlichen Artikel und dem geistlichen Impuls soll diese einmalige Aktion der Schwerpunkt sein und verdeutlichen, dass Verantwortung aus dem Glauben heraus und die daraus folgende politische Aktion gut miteinander vereinbar sind ... und heute nötiger denn je. Ich denke, wir haben uns als Christinnen und Christen klar positioniert, nun müssen wir auch etwas daraus machen.

Der Sommerurlaub steht für viele Friedensbegeisterte vor der Tür. Nehmen Sie den Rundbrief als anregende Lektüre mit, erinnern Sie sich an das Friedensschiff und lassen Sie sich von dem Miteinander, der Begeisterung und der Überzeugung der politischen Veränderung für kommende Zeiten inspirieren. Wie wird Ihr nächster konkreter Schritt zum Frieden hin aussehen?



Susanne Hellstern

Susanne Hellstern

Mitglied im Erweiterten Leitungsteam von pax christi und in der Rundbrief-Redaktion



Frieden schaffen statt Waffen – auch am Bodensee



Laut Sambatrommeln mitten im Herzen der Stadt, Panzerattrappen und bunte Fahnen – mancher Anwohner Friedrichshafens dürfte kaum seinen Augen getraut haben. Die Teilnehmer des Friedensschiffes und weitere Interessierte zogen in einer Demonstration mit Sambamusik der Percussion-Gruppe »Samba partida« der GEW Ravensburg durch die Stadt.

Genau 100 Jahre nach dem Attentat von Sarajevo trafen sich rund 250 Teilnehmer

des Ökumenischen Friedensschiffes in der Partnerstadt Sarajevo.

»Wir wollen mit dem Ökumenischen Friedensschiff ein deutliches Zeichen setzen für einen Stopp der Waffenexporte und dem berühmten Aufruf folgen: »Die Waffen nieder!«, erklärte Susanne Hellstern von der Internationalen katholischen Friedensbewegung *pax christi*. Deutschland sei immer noch der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Zu kritisieren sei insbesondere die Lieferung von Rüstungsgü-



»Leinen los!« hieß es am 28. Juni für die »MS Lindau«. Ausgebucht stach sie als Ökumenisches Friedensschiff in See und informierte über die Rüstungsproduktion am Bodensee

tern an Drittstaaten, deren Umsatz innerhalb eines Jahres von 2,6 auf 3,6 Milliarden Euro gestiegen sei.

Bei der öffentlichen Kundgebung verwies Paul Russmann von der ökumenischen Aktion »Ohne Rüstung Leben« und Sprecher der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« darauf, dass die 17 Millionen Toten des Ersten Weltkriegs auch mit Rüstungsmaterial aus Friedrichshafen und der Bodenseeregion getötet worden seien. Selbst in der heutigen Zeit sei Krieg noch ein Mittel der Politik: »Mit unserem Ökumenischen Friedensschiff wollen wir ein deutliches, ziviles und ökumenisches Zeichen gegen Krieg, Rüstung und Rüstungsexporte setzen, den Opfern eine Stimme geben und die Verantwortlichen beim Namen nennen. Statt Kriegsschiffe zu exportieren, werben wir für die Produktion von Rettungsbooten und Friedensschiffen und für den Ausbau und die Intensivierung von Städtepartnerschaften – wie die seit 1972 bestehende Partnerschaft zwischen Friedrichshafen und Sarajevo.«

Die Glocken der Kirche St. Nikolaus in Friedrichshafen läuteten ausnahmsweise schon um fünf vor zwölf. Oberkirchenrätin Karen Hinrichs von der Badischen Landeskirche forderte dazu auf, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Deutschland müsse mehr

Verantwortung und Engagement im Bereich der zivilen Konfliktlösung und der Prävention übernehmen: »Jedes Läuten von Glocken möge uns ermutigen, unsere Hoffnung stärken und uns erinnern an den Auftrag, den wir haben: »Suchet den Frieden und jaget ihm nach.« Sie verwies dabei auf das mahnende Beispiel der zwei Weltkriege im letzten Jahrhundert. Damals seien aus Glocken Waffen geschmiedet worden. »Auch in den Kirchen haben zu viele geschwiegen zum Missbrauch des Evangeliums, zu der menschenverachtenden Einteilung der Welt in Gute und Böse, in Freund und Feind. Viel zu wenige haben sich dem Handwerk des Tötens verweigert, weil sie auch im Feind ein Kind Gottes erkannten, das wie ich selbst ein Recht auf Leben hat. Viel zu wenige waren Zeugen des Glaubens an Jesus Christus ...« [Siehe auch S. 6 dieses Rundbriefs.]

Gegen Mittag erreichte der bunte Demonstrationzug die Tore von »Rolls Royce Power Systems« im Herzen der Stadt. Die Firma stellt heute unter anderem Motoren für Kampf- und Schützenpanzer, gepanzerte Spezialfahrzeuge, Haubitzen, Kriegsschiffe und U-Boote her. Insgesamt sind über 7000 Menschen in Rüstungsbetrieben rund um den Bodensee beschäftigt. Werner Langenbacher, katholischer Betriebsseelsorger aus Ravensburg, lenkte

vor Ort den Fokus vor allem auf diese Arbeiter: »Management, Forschung und Entwicklung, Produktion und Vertrieb stellen tödliche Güter her, die auch weltweit zum Einsatz kommen. Es betrifft uns alle, was hier in unserem Lande geschieht. Wir wollen und können nicht wegschauen.« Er appellierte an die Beschäftigten, sich in Dialog mit den Geschäftsleitungen zu setzen und eine Umstellung auf zivile Produkte anzustreben: »Beteiligt euch an einem Dialogprozess, an dem alle – Unternehmen, Beschäftigte, Gewerkschaften, Friedensinitiativen und Kirchen – an einem runden Tisch Platz nehmen.« Als Vorbild solle dabei die Aussage von Papst Franziskus aus einer Generalaudienz genommen werden: »Wer Waffen herstellt, ist ein Händler des Todes. Sie werden nicht glücklich sein. Werden Sie nicht weiter zu Händlern des Todes!«

Ansgar Leibrecht, katholischer Pfarrer aus Münsingen, und die Klarinetistin Gertrud Fersch eröffneten anschließend vor den Toren der Firma mit einem Klageruf den ökumenischen Gottesdienst.

Mit der Rückkehr zum Hafen endete der öffentliche Teil der Demonstration. Die Reaktion der Passanten auf den Demonstrationzug sei sehr positiv gewesen, meinte Teilnehmer Karl-Heinz Wiest: »Ich habe in der Fußgängerzone viele freundlich blinkende Menschen gesehen.«



► Anschließend stach das ausgebuchte Friedensschiff, die »MS Lindau«, mit 200 Personen an Bord in See. Zunächst nahm das Schiff Kurs auf Immenstaad. Lothar Höfler von der Initiative »Keine Waffen vom Bodensee« informierte über die am Ufer vorbeiziehenden Rüstungsbetriebe. Schon mit Graf Zeppelins Erfindung der Militär-Zeppeline habe die Rüstungsproduktion am Bodensee begonnen. Daraufhin seien Firmen wie Maybach, Vorläufer der heutigen Firma Rolls-Royce Power Systems/MTU, an den Bodensee gezogen. Lothar Höfler kritisierte vor allem, wie sehr die Firmen in der modernen Gesellschaft rund um den Bodensee vernetzt seien. Kirchen und Städte würden die Beziehungen zu Rüstungsbetrieben pflegen, da diese durch »Sponsoring« von Stadtfesten und Schulveranstaltungen viel Geld investieren. In Immenstaad sitze die Firma Airbus Defence & Space, die militärische Satelliten für Kommunikation und Erd-

überwachung baue. Daneben sei die Firma auch Produzent von Aufklärungs- und Kampfdrohnen.

Kurz vor Immenstaad machte das Schiff kehrt, um Kurs Richtung Bad Schachen zu nehmen. Auf dem Schiff feierten die Teilnehmer währenddessen mit Pfarrerin Eleonore Sumalvico und Pfarrer Ansgar Leibrecht die Fortsetzung des ökumenischen Gottesdienstes. Musikalisch umrahmt wurde dieser von der Reutlinger Flötistin Verena Nerz und dem Tübinger Reinhardt Seibert mit der Gitarre.

»Es ist sehr bewegend zu erkennen, dass es Menschen gibt, die mit der gleichen Vision unterwegs sind«, meinte Maria Tillinger über die Idee des Friedensschiffes. »Das berührt mich und ermutigt mich weiterzugehen. Ich bin dankbar, dass ich heute hier bin.«

Nach der Landung in Bad Schachen führ-

ten Ehrenamtliche durch die »friedens räume« im Haus und Park der Villa Lindenhof. Die »friedens räume« wollen mehr als nur ein Museum sein, sondern für Frieden sensibilisieren und zur persönlichen Auseinandersetzung und Handlung ermutigen. Als offenes Museum hätten sie deshalb die Bezeichnung »Museum« nicht im Namen stehen. Vor allem Gruppen und Schulklassen besuchen die »friedens räume«, erklärte die ehrenamtliche Führerin Cornelia Speth. »War die Bundeswehr auch schon hier?«, fragte einer der Teilnehmer verschmitzt. »Die hab ich noch nicht gesehen«, antwortete Cornelia Speth lachend. Die 50 ehrenamtlichen Mitarbeiter hätten allerdings erstaunliche Hintergründe: Der Mann einer Mitarbeiterin sei Vorstandsmitglied bei EADS. »Die Linien laufen quer durch die Familien hindurch«, meinte sie. Im ersten Raum stehen verschiedene Personen der Friedensbewegung im Blick-



Fotos S. 1–5: Markus Brändli

punkt: Petra Kelly, Hans und Sophie Scholl sind hier ebenso zu finden wie Astrid Lindgren. Sie habe mit ihren Geschichten für Selbstbewusstsein bei Kindern gesorgt. An der nächsten Station geht es um das menschliche Miteinander. »Haben Sie heute schon einem Ihnen nahestehenden Menschen etwas Netties gesagt?«, fragte Cornelia Speth. Betretenes Schweigen ist die Antwort. »Es war zu heiß«, meinte ein Mann entschuldigend und ertete dafür lautes Gelächter.

»Jeder von uns kann in seinem Umfeld ›pushend‹ wirken«, erklärte Cornelia Speth. »Das Positive muss im Vordergrund stehen!« Lob und Anerkennung würden viel zu selten mitgeteilt, obwohl dies in der heutigen Gesellschaft sehr wichtig sei. So könne jeder zu einem Friedensförderer werden. Im nächsten Raum stehen Denkanstöße im Zentrum, die durch verschiedene Kunstinstallationen vermittelt werden. In Bezie-

hungssitzen können Hierarchien getestet und infrage gestellt werden. Besonders ein Thronstuhl fällt auf, unter dem ein kleiner Sitz angebracht ist. »Wie ändert sich mein Verhalten, wenn ich oben sitze, und wie, wenn ich unten sitze?«, fragte Cornelia Speth. Wichtig sei hier der Perspektivwechsel, bei dem jeder die Position tausche. »Wir müssen in Beziehung treten, auf ganz unterschiedliche Art und Weise.« Karl-Heinz Wiest gefiel die Führung außerordentlich gut: »Meiner Meinung nach haben die ›friedens räume‹ in der alten Villa einen sehr schönen Rahmen. Ich finde es beeindruckend, dass die Stadt Lindau das Haus zur Verfügung stellt.« Ein ähnliches Fazit zog Amelia Knecht: »Die ›friedens räume‹ waren sehr interessant. Wir werden mit mehr Zeit wiederkommen!«

Der Liedermacher Ralf Glenk sorgte auf der Heimfahrt vor der malerischen Kulisse

des Bodensees mit Friedensliedern für einen beschwingten Ausklang.

Für die Teilnehmer stellte das Friedensschiff ein herausragendes Erlebnis dar: »Mich hat der heutige Tag sehr beeindruckt«, meinte Elisabeth Wiest. »Es ist schön, mit so vielen Friedensbewegten in so einem idyllischen Rahmen über ernste Themen zu reden.«

Susanne Hellstern übernahm die Verabschiedung der Friedenspassagiere: »Sie sehen, wir sind viele, und es liegt an jedem Einzelnen, ob unsere Vision vom Frieden Wirklichkeit werden kann.«



Michael Hellstern

Masterstudent
in Zeitgeschichte an der
LMU in München

»Wie der Glaube wurden Glocken im Krieg missbraucht«

Grußwort beim Ökumenischen Friedenschiff (im Anschluss an das Glockenläuten) von Oberkirchenrätin Karen Hinrichs, Evangelische Landeskirche in Baden

Kirchenglocken rufen zum Gebet und zum Glauben an Gott. Sie rufen zum Gottesdienst am Sonntag, sie läuten im Alltag und erinnern uns daran, dass unsere Zeit in Gottes Händen steht. Glocken sind wichtige Symbole für den christlichen Glauben. Doch wie der Glaube selbst, wurden auch Glocken noch in jedem Krieg missbraucht. Während des Ersten Weltkrieges wurden 65 000 Glocken eingeschmolzen, um daraus Waffen zu machen. Im Zweiten Weltkrieg sind es noch mehr gewesen, denn dann wurden meist auch historisch bedeutsame Glocken nicht mehr verschont. Zu kostbar war das Material, Bronze oder Stahl, zu dringend wurde es gebraucht für die Produktion von Kriegsgeschütz, von Kanonen, Panzern, Schiffen. Aus akustischen Zeugen des Glaubens wurden Waffen. So spiegelt sich im Schicksal der Glocken wider, was Mensch und Land widerfuhr: Aus Bürgerinnen und Bürgern wurden Soldaten und Zivilisten, aus Ackerland wurden Schlachtfelder und Totenacker von unvorstellbarem Ausmaß. Leben wurde verschwendet, millionenfach, unendlich kostbares Leben wurde ausgelöscht und geopfert im Namen der Nation und der Ideologie von Volk und Rasse. Und oft, zu oft, wurde der Glaube an Gott missbraucht, um dieses Töten und Opfern zu legitimieren, um ihm eine höhere Weihe zu geben: »Mit Gott für Volk und Vaterland.« Viel zu wenige haben erkannt und bezeugt, dass der Glaube an den Gott der Liebe über jeder Identifikation mit einem Land oder einer Nation steht.

Auch in den Kirchen haben zu viele geschwiegen zum Missbrauch des Evangeliums, zu der menschenverachtenden Einteilung der Welt in Gute und Böse, in Freund und Feind. Viel zu wenige haben sich dem Handwerk des Tötens verweigert, weil sie auch im Feind ein Kind Gottes erkannten, das wie ich selbst ein Recht auf Leben hat. Viel zu wenige waren Zeugen des Glaubens an Jesus Christus, der uns aufruft, die Hungrigen zu speisen, die Nackten zu klei-

den, denen ohne Obdach ein Zuhause zu geben und unseren Nächsten zu lieben wie uns selbst.

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, 1953, sagte der damalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Dwight Eisenhower: »Jede Kanone, die gebaut wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel gelassen wird, jede abgefeuerte Rakete bedeutet letztlich einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen bekommen, an denen, die frieren und keine Kleidung haben. Eine Welt unter Waffen verpulvert nicht nur Geld allein. Sie verpulvert auch den Schweiß ihrer Arbeiter, den Geist ihrer Wissenschaftler und die Hoffnung ihrer Kinder.« So weit Eisenhower in seiner Rede »Chance for Peace« – eine Chance für den Frieden.

Wie geht es uns hier und heute mit diesen Worten, rund 60 Jahre später? Wer die Realitäten wirklich wahrnimmt, muss erkennen, dass wir durch die Rüstungsproduktion unendlich viel verpulvern an menschlichem Geist und Verstand, an Zeit und Geld, an kostbaren Ressourcen. Wenn unsere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, unsere erfinderischen Köpfe, unsere Denker und Tüftler, unsere Handwerker und Lehrerinnen, Ärztinnen und Ingenieure, Macher und Meinungsmacher, Unternehmer und Unternehmerinnen ihre ganze Kraft und Energie für den Kampf gegen Hunger und Armut, in Bildung und gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung legen würden – die Welt sähe anders aus. Wer für eine solche andere, bessere Welt arbeiten will, der kann nicht hinnehmen, dass immer noch und immer mehr Kriegsgeschütz produziert und exportiert wird, auch aus dieser Region. Wir werden heute noch viel davon hören, in welchem hohem Ausmaß baden-württembergische Firmen direkt beteiligt sind an der militärischen Ausstattung von Diktatoren und Kriegsparteien in aller Welt, ob durch Panzer oder Software, Steuerungstechnik oder Kleinwaffen. Mit erschreckender Naivität glauben viele, die



Frieden unser Handlungswege der Produkte aus deutschen Rüstungsfirmen seien kontrolliert und kontrollierbar, oder gar, sie kämen ja nur in die Hände der Guten, nicht die der Bösen.

Handlungswege der Produkte aus deutschen Rüstungsfirmen seien kontrolliert und kontrollierbar, oder gar, sie kämen ja nur in die Hände der Guten, nicht die der Bösen. Bleiben wir wach, liebe Friedensfreundinnen und -freunde! Bleiben wir kritisch gegen alle Formen der Beschwichtigung, des Schönredens und der Legitimierung von Rüstungsproduktion und -export. Entschieden sollten wir als Christinnen und Christen der Forderung widersprechen, Deutschland solle seine militärische Zurückhaltung in internationalen Konflikten aufgeben, wie sie zuletzt auch von Bundespräsident Gauck erhoben wurde. Nicht für noch mehr Krieg und Rüstung sollte Deutschland stehen, sondern für die Übernahme von mehr Verantwortung und mehr Engagement im Bereich der zivilen Konfliktlösung und der Prävention. Völkermord und Menschenrechtsverletzungen geschehen nicht plötzlich und unerwartet. Sie kündeten sich lange vorher an durch Hass und Diskriminierung von Minderheiten – auch das sollten wir aus der deutschen Geschichte



Oberkirchenrätin Karen Hinrichs bei ihrer Ansprache am 28. Juni 2014 (Foto: Markus Brändli)

Gegen den Tod aus Stuttgart

»Damit wir klug werden« – unter diesem biblischen Motto steht der Deutsche Evangelische Kirchentag 2015 in Stuttgart. Eine Stadt, von der aus die US-Kommandozentralen AFRICOM und EUCOM weltweit Krieg führen.

Das AFRICOM steuert alle militärischen Einsätze der USA in Afrika. Hier werden die Todeslisten für den Einsatz von Kampfdrohnen erstellt. Das EUCOM befehligt die US-Atomwaffen in Europa. Außerdem koordinierte es zum Beispiel die Angriffe gegen den Irak, Serbien und Libyen. *Ohne Rüstung Leben* fordert jetzt von Barack Obama:

- Stoppen Sie den völkerrechtswidrigen Einsatz von Kampfdrohnen.
- Ziehen Sie die restlichen US-Atomwaffen aus Deutschland und Europa ab.
- Schließen Sie die Kommandozentralen AFRICOM und EUCOM.

Rufen auch Sie den US-Präsidenten auf, mit uns »klug zu werden«. Unterstützen Sie die Forderungen, indem Sie die beiliegende Unterschriftenliste unterzeichnen und weitere Unterstützerinnen und Unterstützer für eine Unterschrift gewinnen. Die Aktion läuft bis zum Ende des Kirchentages am 7. Juni 2015.

Paul Russmann

Geschäftsführer von »Ohne Rüstung Leben« und Sprecher der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel«



Mayors for Peace

Städte zeigen am 8. Juli Flagge für das Verbot aller Atomwaffen

Der Bürgermeister für den Frieden in Stuttgart, Werner Wölfle, ließ die Mayors-for-Peace-Flagge am 8. Juli 2014, dem internationalen Flaggentag, vom Stuttgarter Rathausbalkon herunter. Anschließend empfing er Vertreter/-innen der Kampagne *atomwaffenfrei.jetzt*. Die Gruppe der Friedensbewegung bestand unter anderem aus Paul Russmann (*Ohne Rüstung Leben*); Susanne Hellstern (*pax christi*); Jörg Schmid (IPPNW) und Wolfgang Schlupp-Hauck (2020 Vision Campaigner).

Der Einsatz von Atomwaffen sowie die Androhung ihres Einsatzes verstoßen gegen internationales Recht und gegen Prinzipien des humanitären Völkerrechts. An dieses Urteil des Internationalen Gerichtshofes vom 8. Juli 1996 erinnern wie an jedem 8. Juli auch 2014 etwa 140 »Bürgermeister für den Frieden« (Mayors for Peace), indem sie an ihren Rathäusern Flaggen hissen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen. In der Überzeugung, dass Städte keine Angriffsziele sein dürfen und eine Zukunft ohne Atomwaffen neue Perspektiven für die Menschheit schafft, treten die Bürgermeister für die Abschaffung der Atomwaffen und für den Abschluss eines internationalen Verbotsvertrages ein.

Das internationale Städtenetzwerk »Mayors for Peace« wurde im Jahr 1982 gegründet und geht auf die Initiative der Städte Hiroshima und Nagasaki zurück. Heute gehören dem Netzwerk 6084 Bürgermeister in 158 Ländern an. In Deutschland unterstützen 414 Bürgermeister und Landräte das Ziel einer atomwaffenfreien Welt. Sie kooperieren mit dem Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen«, dem ca. 50 Organisationen und Initiativen angehören, darunter unter anderem IPPNW, Pressehütte Mutlangen und *pax christi*.

nach

wissen. Wenn wir heute in aller Welt für Menschenrechte glaubhaft einstehen wollen, dann muss mehr in die Menschenrechtsarbeit, in die Unterstützung der internationalen zivilen Friedensdienste, in die Weiterentwicklung aller gewaltfreien Konfliktbearbeitungsinstrumente investiert werden. Hier mehr Geld, Hirn und Herz zu investieren – das stünde Deutschland gut an mit seiner Erfahrung einer gewaltfreien Revolution im Rücken.

Für den Frieden eintreten und arbeiten – dazu sind wir als Christen gerufen und gesendet. Wir alle können dort einen Beitrag leisten, wo wir leben und arbeiten, am Sonntag und im Alltag, in Familie und Beruf, in unseren Kirchen und Gemeinden, in den Friedensgruppen und Friedensdiensten. Jedes Läuten von Glocken möge uns ermutigen, unsere Hoffnung stärken und uns erinnern an den Auftrag, den wir haben: »Suchet den Frieden und jaget ihm nach.«

»Die Waffen nieder!«

Bertha von Suttner war die erste weibliche Friedensnobelpreisträgerin und eine der bedeutendsten Frauen des 20. Jahrhunderts.

Den Beginn des Ersten Weltkriegs erlebte die Pazifistin nicht mehr – sie starb am 21. Juni vor 100 Jahren.

»Als ob das Töten irgend etwas gutmachen könnte!«, schrieb Bertha von Suttner 1903 in ihrem Buch »Martha's Kinder«. »Als ob vergossenes Blut überhaupt etwas reinigen, etwas Geschehenes ungeschehen machen könnte! O, über den geheiligten Widersinn, unter dessen Herrschaft die blöde Welt sich gestellt hat.«

Bertha von Suttner hatte während ihres wechselvollen Lebens die Zeichen der Zeit erkannt – und konnte die größte Katastrophe in Gestalt des Ersten Weltkriegs doch nicht verhindern.

Wer heute behauptet, noch nie Bertha von Suttner begegnet zu sein, der irrt. Jeder Europäer kam mit der ersten weiblichen Friedensnobelpreisträgerin bereits in Kontakt, denn ihr Porträt befindet sich auf der österreichischen Zwei-Euro-Münze.



Doch wer war Bertha von Suttner? Als Komtess Kinsky von Wchinitz und Tettau wurde sie 1843 in Prag geboren. Ihren Vater lernte sie nie kennen, denn dieser – ein fast 75 Jahre alter General – war kurz vor ihrer Geburt gestorben. Das Erbe der böhmischen Adelsfamilie war schnell von der Mutter verspielt, die junge Bertha stand mittellos da. Ihr Traum war es, Opernsän-

gerin zu werden, doch ihr fehlte das Talent. Bertha hielt als 64-Jährige über sich fest: »Die jugendliche Bertha war doch eine rechte Null.«

Sie wuchs im aristokratischen Umfeld der österreichisch-ungarischen Monarchie auf und lernte früh dessen militärischen Hintergrund kennen. Da ihre musikalische Traumkarriere misslang, bewarb sie sich als Erzieherin und Gesellschafterin beim Industriellen Karl von Suttner in Wien. Hier verliebte sie sich in den sieben Jahre jüngeren Arthur Gundaccar von Suttner. Um das Verhältnis zwischen Bertha und ihrem Sohn zu beenden, entließ seine Mutter die Gesellschafterin. Sie verschaffte ihr allerdings noch eine neue Stelle als Privatsekretärin des Industriellen Alfred Nobel (1833–1896) in Paris. Nobel wurde jedoch bald vom schwedischen König in seine Heimat berufen, sodass Bertha nach Wien zurückkehrte und dort heimlich Arthur heiratete. Dieser wurde daraufhin verstoßen und enterbt, sodass dem Ehepaar nichts anderes übrig blieb, als nach Georgien zu einer Freundin, der Fürstin Ekatarina Dadiani von Mingrelien, zu ziehen.

In kreativer Hinsicht war der Umzug sehr fruchtbar, denn beide lebten hauptsächlich vom Schreiben von Unterhaltungsromanen sowie von Übersetzungen. Bertha von Suttner begann dort ihre journalistische Tätigkeit und veröffentlichte unter dem Pseudonym B. Oulot für österreichische Zeitungen Kurzgeschichten und Essays.

1885 zogen beide zurück nach Niederösterreich und wurden wieder von Arthurs Eltern aufgenommen. Bertha von Suttner knüpfte erste Kontakte zur Friedensorganisation »International Arbitration and Peace Association in London«. Es war die Zeit des »Griffs nach der Sonne«, fremde



Bertha von Suttner
(Fotografie von Carl Pietzner,
1906, Stadtchronik Wien)

Kolonien wurden mit Gewalt erobert, und halb Europa gierte es nach neuen, fernen Ländern. Bertha von Suttner wurde in diesem Umfeld schnell zur leidenschaftlichen Pazifistin.

Ein Jahr später traf sie in Paris wieder auf Alfred Nobel, der ihr pazifistisches Engagement rückhaltlos unterstützte. Sie regte ihn an, einen Friedensnobelpreis zu stiften, der später seit Nobels Tod 1901 jährlich verliehen wurde.

1889 gilt als Wendepunkt in ihrem Leben, denn in diesem Jahr verfasste sie mit ihrem Antikriegsroman »Die Waffen nieder!« jenes Werk, das ihren Weltruhm begründen sollte. Ein Jahr zuvor hatten noch mehrere Verlage eine Publikation abgelehnt. In dem Werk beschrieb sie die Schrecken des Krieges aus der Sicht einer Ehefrau. Mit der lebensetzten Darstellung traf sie den Nerv ihrer Gesellschaft, die in heftigste Diskussionen über den Militarismus und Krieg im Allgemeinen begriffen war. Dabei schrieb sie bewusst in der Romanform, weil sie so viele Menschen wie möglich erreichen

wollte. Wichtig war ihr auch, das Selbstverständnis und die Rolle der Frauen in der Gesellschaft zu thematisieren. Bertha verstand Frieden als naturrechtlich verbürgten Normalzustand – gegenüber dem Krieg, der eine Folge menschlichen »Irrwahns« sei. In ihrem Buch beschrieb sie, dass das Recht auf Frieden deshalb völkerrechtlich einforderbar sei.

Der Roman wurde zu einem großen Erfolg und erlebte allein bis 1905 37 Auflagen. Weltweit zog das Werk Persönlichkeiten wie Leo Tolstoi und Peter Rosegger in seinen Bann.

Bertha von Suttner war der Ansicht, dass es in modernen Kriegen mit den neu entwickelten Waffen keinen Sieger mehr geben könne: »*Ein Entscheiden des Zukunftskrieges gibt es nicht: Erschöpfung, Vernichtung auf beiden Seiten.*«

1890 gründete sie die »Österreichische Friedensgesellschaft« (seit 1964 in »Suttner-Gesellschaft« umbenannt). Mit dem Erfolgstitel »Die Waffen nieder« benannte sie auch eine Monatszeitschrift »zur Förderung der Friedensidee«, die sie herausgab. Sie schrieb weitere Werke, in denen sie sich sozialkritisch für den Pazifismus einsetzte. Von Suttner gründete 1891 die »Österreichische Gesellschaft der Friedensfreunde«. Die Menschen wählten sie zur Vizepräsidentin des Internationalen Friedensbüros auf dem dritten Weltfriedenskongress in Rom. Daneben unterstützte sie Alfred Fried

als »Friedensbertha« und »Friedensfurie« verschrien. Gerade in den militärischen Kreisen des deutschen und österreichischen Kaiserreichs stießen ihre Friedensappelle auf rigide Ablehnung. Aufrüstung statt Abrüstung war das Schlagwort der Stunde, da sich das Deutsche Reich einen Rüstungswettlauf im Flottenbau mit den Briten lieferte.

Ihrer Beliebtheit schadete dies jedoch nicht. Selbst Karl May bewunderte Bertha

schen Zeitung. Hitler war schon immer ein Verehrer Karl Mays gewesen. Auch Suttner schätzte May, bat ihn, in seinem Vortrag ihren Roman zu erwähnen, und soll nach seinem Tod über Mays Bücher gesagt haben: »*Wenn ich nur eines dieser Werke hätte gestalten können, dann hätte ich mehr erreicht!*«

1913 wurde ihr Roman »Die Waffen nieder!« verfilmt. Das Buch hatte sich sogar in Amerika zu einem Bestseller entwickelt –

»Rache und immer wieder Rache! Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.«

(Brigitte Hamann: Bertha von Suttner – Ein Leben für den Frieden. München/Zürich 1991)

von Suttner. Er besuchte 1905 einen ihrer Vorträge in Dresden: »Wir freuten uns unendlich über die Gelegenheit, Ihre weithin schallende, gewichtige Stimme, die uns bisher nur schriftlich erklungen war, nun auch in Wirklichkeit zu hören. Und wir hörten sie, bis zur tiefsten Erschütterung. Meine Frau, die Gute, weinte, und auch ich wehrte mich der Thränen nicht, als Sie sagten, daß Christus wohl noch nirgends an einer besseren Stelle gestanden habe.«

ein einmaliger Fall in der deutschsprachigen Literatur um 1900.

In der Folge versuchte sie vermehrt über die Gefahren der internationalen Aufrüstung und die Interessen der Rüstungsindustrie zu informieren. Sie bewies prophetische Fähigkeiten und mahnte bereits ab 1912 vor der Gefahr eines internationalen Vernichtungskrieges. Sie begab sich auf eine zweite Amerikareise, die sie als Vortragende von der Ostküste bis zur Westküste in über fünfzig Städte brachte. Die handschriftliche und letztwillige Verfügung über ihre Bestattung lautete: »*Ich sterbe, wie ich gelebt, als überzeugte Friedenkerin. Habe nie Glauben geheuchelt und will auch keine Heuchelei nach dem Tode [...]*«

Den Beginn des großen Krieges erlebte Bertha von Suttner nicht mehr. Eine Woche zuvor erlag sie am 21. Juni 1914 einem Krebsleiden. Laut dem österreichischen Pazifisten Alfred Herrmann Fried waren ihre letzten Worte: »*Die Waffen nieder! – sag's vielen – vielen.*«

»Wer die Opfer nicht schreien hören, nicht zucken sehen kann, dem es aber, sobald er außer Seh- und Hörweite ist, gleichgültig ist, daß es schreit und zuckt – der hat wohl Nerven, aber – Herz hat er nicht.«

bei der Gründung des deutschen Pendantes der Friedensgesellschaft. Auf dem Weltfriedenskongress in Boston vertrat sie ihr Heimatland Österreich.

Ihr 1897 formulierter »Appell an das 20. Jahrhundert« blieb jedoch ein Trugschluss: »*Das zwanzigste Jahrhundert wird nicht zu Ende gehen, ohne dass die menschliche Gesellschaft die größte Geißel – den Krieg als legale Institution – abgeschüttelt haben wird.*«

1905 wurde ihr als erste Frau in der Geschichte der Friedensnobelpreis verliehen. Häufig war sie jedoch Opfer von Spott und

May schuf ihr gar in »Winnetou« mit den Figuren Taldscha und Aschta zwei Ebenbilder, die in vielen Situationen gewitzter und klüger agierten als die Männer.

Im März 1912 könnte es zu einer weiteren skurrilen Begegnung gekommen sein: Bertha von Suttner und Adolf Hitler im selben Raum! Beide besuchten einen Vortrag Karl Mays zum Thema »Empor ins Reich der Edelmenschen«, Ort der Zusammenkunft war der Wiener Sofiensaal. Ob die Episode stimmt, sei dahingestellt, lediglich ein anonymes Brünner berichtete 1935 vom damaligen Besuch Hitlers in einer tschechi-



Michael Hellstern

Masterstudent
in Zeitgeschichte an der
LMU in München

Wi(e)der die Großmacht

Für eine spektrenübergreifende, außerparlamentarische Opposition gegen Militarisierung und Krieg



Ausbildung in Mali
(Quelle: Flickr Bundeswehr/Bier 2013; <https://www.flickr.com>)



Halt für die Bundeswehr bei neuen Kriegseinsätzen
(Quelle: Flickr Bundeswehr/Bienert 2012; <https://www.flickr.com>)

Hört man in diesen Tagen dem Bundespräsidenten oder der Verteidigungsministerin bei ihren Ausführungen zur stärkeren deutschen Verantwortungsübernahme zu, muss einem aus friedenspolitischer Perspektive das kalte Grauen kommen: mehr Militäreinsätze, einen »Tag der Bundeswehr« und eine Attraktivitätsoffensive für Soldaten/Soldatinnen und in Klassenzimmern sowie Drohnen für die Bundeswehr. Mit verantwortungsvoller Politik hat das nichts zu tun, sondern mit militaristischer Folklore und politischem Populismus, die es scheuen, sich mit den Problemen von Militär und den Ursachen von Krieg intensiv auseinanderzusetzen – insbesondere vor dem Hintergrund, dass schon zweimal Deutschlands Großmachtambitionen Tod, Verwüstung und Vertreibung über den europäischen Kontinent und weite Teile der Welt gebracht haben und sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. und der Beginn des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal jähren.

Auch im Bundestag wurden in der letzten Zeit gleich mehrere zusätzliche Bundeswehreinsätze auf dem afrikanischen Kontinent beschlossen, zusätzliche Kriegsschiffe ins Mittelmeer entsandt und Jagdflugzeuge an die russische Grenze verlegt, nachdem in der Ukraine mit deutscher Unterstützung eine von Faschisten gestützte Regierung an die Macht kam und sich Russland die Krim aneignete. Für Mali, Somalia und Afghanistan sind sogenannte Ausbildungsmissionen beschlossen, die sich in eine ganze Reihe weiterer Einsätze der Bundeswehr stellen, wo nicht mehr selbst gekämpft wird, sondern in bester kolonialer Manier einheimische Schutztruppen vor Ort ausgebildet werden. Diese dürfen dann für die von ihnen nicht verursachten Probleme gradestehen: »Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme«

heißt es dann vonseiten der Bundesregierung. Die Ausbildung und »Ertüchtigung« durch die Bundeswehr wird nicht nur in Afrika vorangetrieben, sondern auch beispielsweise im Libanon, Afghanistan oder dem Kosovo. Dahinter stehen ein verkürztes Verständnis davon, dass mit staatlicher Gewalt eine gute Ordnung zu schaffen wäre, sowie handfeste wirtschaftliche Interessen, wenn die ausgebildeten Soldaten/Soldatinnen an westliche Waffenstandards und somit zwangsläufig an westliche Waffenfirmen herangeführt werden.

Es sei auch mittlerweile falsch, zwischen Stabilität und Sicherheit auf der einen und wirtschaftlichen Interessen auf der anderen Seite zu unterscheiden: »Natürlich gehört zur Stabilität eben auch Welthandel, Freihandel«, an dem »gerade wir Deutschen, die wie kein anderes Land volkswirtschaftlich vom Export leben, ein wirtschaftliches Interesse« hätten, so etwa der stellvertretende Unionsfraktionschef Schockenhoff. Stefan Kornelius applaudiert in der »Süddeutschen Zeitung« unter dem Titel »Nach Afrika, für Europa«: Die neue Bundesregierung habe erkannt, »dass die Wirtschaftsmacht Deutschland ein Problem bekommt, wenn sie sich außenpolitisch und militärisch in den Augen der anderen EU-Partner weiterhin zu sehr zurückhält.« Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien, Algerien oder Katar, mit dem Ziel, in der Region für Ordnung zu sorgen, ergänzen diesen Stabilitätsexport weiter. Das damit aufgebaute Gleichgewicht des Schreckens sorgt jedoch nach innen wie außen nicht für Stabilität, sondern ist ein friedenspolitischer Offenbarungseid.

Umso dramatischer ist es, dass die neue Bundesregierung auf eine überwältigende Mehrheit im Bundestag blicken kann und von einem schwindenden oder nicht vorhandenen Widerstand gegen die Militarisierung der Außenpolitik in der parlamentarischen Opposition zusätzlich profitiert. Deswegen halten wir als »Informationsstelle Militarisierung« (IMI) die Stärkung einer außerparlamentarischen und spektrenübergreifenden Opposition gegen die

weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik gerade in dieser politischen Konstellation und gerade 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges für zentral. »Spektrenübergreifend« bedeutet dabei jedoch nicht »beliebig« und schließt selbstverständlich eine Zusammenarbeit mit rechten und verschwörerischen Strömungen aus. »Spektrenübergreifend« heißt vielmehr, dass noch stärker als zuvor die Friedensbewegung wieder den Schlussschluss mit den ökologischen, feministischen, antifaschistischen, gewerkschaftlichen, überwachungskritischen und weiteren Bewegungen suchen und finden muss. Auch die Kirchen als wichtiger Teil der Friedensbewegung sind noch stärker gefordert, wieder volle Stellen für die Arbeit am Frieden und die Förderung von spektrenübergreifender Zusammenarbeit zu schaffen. Das wichtige Ehrenamt allein reicht leider nicht, um die vielen damit verbundenen organisatorischen Aufgaben auch kontinuierlich aufrechtzuerhalten und Menschen langfristig von der Friedensarbeit auch leben zu lassen.

Die »Informationsstelle Militarisierung« ist ein Baustein für eine verstärkte spektrenübergreifende, außerparlamentarische Opposition gegen Militarisierung und Krieg. Die Menschen bei der IMI setzen sich bereits seit ihrer Gründung anlässlich der Aufstellung des Kommandos Spezialkräfte (KSK) im Jahr 1996 in Calw kritisch mit der mittlerweile vollzogenen Neuausrichtung der Bundeswehr auf Auslandseinsätze auseinander. Sie stellten sich entschieden gegen eine deutsche Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien und wiesen früh darauf hin, dass die »Verteidigungspolitischen Richtlinien« und die Weißbücher der Bundeswehr auf die militärische Durchsetzung auch wirtschaftlicher Interessen abzielen. Sie sprachen sich gegen die Militarisierung der Europäischen Union und die NATO-Osterweiterung aus und warnten vor einer Eskalation des Konfrontationskurses gegen Russland hin zu einem »Neuen Kalten Krieg«. Die vielen kleinen Schritte hin zur Militarisierung der inneren Sicherheit und zum Bundeswehreinsatz im Inneren wur-

den oft detailliert offengelegt und kritisiert, ebenso wurde auf das EU-Grenzregime und die Entwicklung von Drohnen hingewiesen, welche mittlerweile von vielen Staaten Europas eingesetzt werden. Auch auf die Rolle Deutschlands in der Kriegsführung anderer NATO-Staaten, etwa der USA über Ramstein, das AFRICOM und den Flughafen Halle/Leipzig hat die IMI hingewiesen, lange bevor die Massenmedien darauf aufmerksam wurden.

Die Menschen von der IMI haben dabei stets versucht, differenzierte wissenschaftliche Analyse mit widerständiger Praxis zu verbinden und Brücken zwischen verschiedenen sozialen Bewegungen zu schlagen und zu erhalten. Möglich wurde dies durch unsere Mitglieder im IMI-Verein und ihren Förderverein sowie einen kleinen Kreis aktiver Menschen unterschiedlicher Motivation in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen in unserem Tübinger Büro. Wir sind allerdings der Auffassung, dass diese Arbeit in diesen Zeiten noch wichtiger wird und ein solides Fundament braucht. Wir hoffen deshalb, dass sich in den kommenden Wochen und Monaten weitere Menschen entscheiden können, die IMI als aktive Mitglieder, Mitglieder im Förderverein oder (regelmäßige) Spender/-innen zu unterstützen!

Der Redaktion des *pax christi*-Rundbriefes gebührt unser Dank, dass wir in dieser Ausgabe auf unsere Arbeit aufmerksam machen können. Das stärkt uns darin, dass wir in *pax christi* eine wichtige Bündnispartnerin haben, mit der wir gemeinsam und mit anderen unserer Opposition gegen Militarisierung und Krieg eine noch stärkere Stimme geben werden.



Thomas Mickan

Politikwissenschaftler und
Beirat der Informations-
stelle Militarisierung (IMI)

Kirche und Rüstung

Deutschland gilt inzwischen als drittgrößter Waffenexporteur der Welt nach den USA und Russland. „Bremst die deutschen Waffenexporte!“ forderte Altkanzler Helmut Schmidt deshalb im Dezember letzten Jahres in der ZEIT.

Gerade bei der Verbreitung von Kleinwaffen spielt Deutschland eine besondere Rolle, da deutsche Rüstungsunternehmen wie Heckler & Koch, Oberndorf oder Carl Walther GmbH, Ulm in mehr als 80 Länder liefern und es anderen Staaten durch den Verkauf von Lizenzen ermöglichen, selbst Waffen herzustellen. Doch gerade solche lizenzierte und in Drittstaaten gelieferte Waffen, die Kofi Annan als die „Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts“ bezeichnete, haben verheerende Konsequenzen: Jährlich sterben mehr Menschen durch Kleinwaffen als durch den Einsatz von Panzern oder Bomben.

Zwar wurden im Jahr 2000 politische Richtlinien für Rüstungsexporte verabschiedet. Doch entgegen dieser Regelungen erfolgten Lieferungen in Krisenregionen und in Länder, die Menschenrechte missachteten. Zudem werden die Bewilligungsprozesse als intransparent und die Kontrolle der Rüstungsindustrie zunehmend auch in der Öffentlichkeit als unzulänglich wahrgenommen.

Insbesondere in Baden-Württemberg wird das Thema der Rüstungsexporte kontrovers diskutiert, stehen hier die BefürworterInnen eines teilweise oder vollständigen Rüstungsexportverbotes einer starken, arbeitsplatzschaffenden Rüstungsindustrie gegenüber.

Die Landeskirche Württemberg möchte nun im Diskurs eine gemeinsame Position zum Thema Rüstungsexporte entwickeln. Hierzu sollen zunächst verschiedene friedensethische Positionen beleuchtet und friedenspolitische Ansätze vorgestellt werden. Auf dieser Grundlage wollen wir dann gemeinsam Ideen und Gesichtspunkte für eine zukünftige friedensethische Ausrichtung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg diskutieren und zusammentragen.

Herzliche Einladung nach Bad Boll!

Simone Helmschrott

Donnerstag, 8. Mai 2014

bis 9:30	Anreise Ankommen – Kaffee und kleiner Imbiss
10:00	Begrüßung und Einführung: Zur Kommissionsarbeit. Von der Rüstungskonversion zum Thema Rüstungsexporte Kirchenrätin Dorothee Godel
10:15	Ethische Gesichtspunkte zum Thema Frieden und Sicherheit Prof. Dr. Christoph Seibert
11:15	Pause
11:30	Rüstungsexporte im Kontext deutscher Außen- und Sicherheitspolitik aus friedenspolitischer Sicht Dr. Thomas Nielebock
12:00	Die Kriterien der Ethik rechtserhaltender Gewalt für militärische Interventionen und Rüstungstransfers in asymmetrische Konflikte Militärdekan Dr. Hartwig von Schubert
12:30	Mittagessen
14:00	Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens – der badische Konsultationsprozess zur Friedensethik Oberkirchenrätin Karen Hinrichs
14:30	Die Kriterien der GKKE zu deutschen Rüstungsexporten Horst Scheffler
15:00	Diskussion
15:30	Kaffeepause
16:00	Friedensethische Einordnungen deutscher Rüstungsexporte in wechselnden Tischgruppen à 25 Minuten <ul style="list-style-type: none"> „Rüstungsexporte sind keine normalen Handelswaren“ Horst Scheffler „Mittelfristig ist der Export von Kriegswaffen einzustellen“ – Das Papier der badischen Landeskirche Dr. Ulrich Lochmann „Für ein Ende aller Waffenexporte“ – Die EAK-Resolution Pfarrer Friedemann Bresch

18:00	Gemeinsame Arbeit zu den Fragen: <ul style="list-style-type: none"> • Welche Argumente überzeugen? • Welche Probleme /Anfragen werden gesehen, was sollte berücksichtigt werden? • Was sollte die Württembergische Landeskirche in eine Stellungnahme unbedingt aufnehmen?
18:30	Abendessen
20:00	Perspektivenwechsel: Auswirkungen deutscher Rüstungsexporte in Empfängerländern Dr. Helmut Lohrer im Gespräch mit einer Friedensfachkraft und einem Soldaten (angefragt)
21:00	Gespräche im Café Heuss

Freitag, 9. Mai 2014

8:00	Andacht Simone Helmschrott Joachim Schilling
8:15	Frühstück Zimmer räumen
9:15	Grußwort: Bedeutung des Themas Rüstungskonversion und Rüstungsexporte Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel
9:30	Agenda-Setting: Ergebnisse des Vortages und Weiterarbeit in Arbeitsgruppen
11:00	Pause
11:20	Zusammentragen von Gesichtspunkten für die Weiterarbeit in der Rüstungskonversionskommission zum Entwurf einer landeskirchlichen Stellungnahme zum Thema Rüstungsexporte
12:15	Die nächsten Schritte: Auswertung, Ausblick und Absprachen
12:30	Mittagessen, Abschluss der Tagung

Dr. Bernhard Moltmann von der Hessischen Stiftung für Frieden und Konfliktforschung in Frankfurt stellte die Kriterien der GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung) zu deutschen Rüstungsexporten vor. Die Kriterien beruhen auf der ethischen Position, dass Gewalt eines der schwersten Übel für Menschen ist. Für Rüstungsexporte gilt danach Folgendes:

1. **Gewaltverbot und Sicherheit.** Rüstungstransfers dürfen kein gewalteskalierendes Handeln von Staaten begünstigen.
2. **Anforderungen des Guten Regierens (GR).** Rüstungstransfers sollen damit im Einklang stehen. GR zeigt sich in rechtsstaatlicher und effektiver Regierungsführung mit gesellschaftlicher Legitimation. Dazu zählen Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit, keine Korruption.
3. **Begründungspflicht für Rüstungsex-**

porte. Sie liegt bei den Befürwortern. Rüstungsexporte müssen den Vorgaben von Frieden und Entwicklung entsprechen. Diese Exporte dürfen nicht durch staatliche Bürgschaften (Hermes) abgesichert werden, denn hier werden die Gewinne privatisiert, Verluste auf den Staat übertragen.

4. **Friedenspolitisches Primat.** Dem steht das Drängen der Rüstungsindustrie entgegen, zum Erhalt von sogenannten »nationalen Kernkapazitäten« die Waffenexporte durchzusetzen.

Weitere Aspekte sind: a) Aktuelle Gesetze und Kontrollen müssen auch auf den Wissenstransfer (Lizenzen) und die Infrastruktur ausgeweitet werden. b) Der Zusammenhang von Rüstungsexporten und der Gewalt in Bürgerkriegen muss hergestellt werden. c) Eventuell kann Hilfe zum Aufbau von Polizei und Sicherheitskräften ge-

währt werden. Aber es reicht nicht, zu sagen, solche Exporte dienen dazu, »Stabilität« aufrechtzuerhalten. (...)

Fazit der Tagung: Sie war reich an Erkenntnissen. Auch weitere Themen und Aspekte wurden behandelt. So war es spannend, die Referenten und die Inhalte mit vielen neuen Impulsen zu erleben. Die Teilnehmenden gingen mit neuem Interesse an der Sache nach Hause.



Reinhold Gieringer
Vorsitzender
von pax christi
Rottenburg-Stuttgart



Rechtsbruch durch Steinbruch

Aus der Rede zum Antrag auf Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat der HeidelbergCement AG am 7. Mai 2014

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, sehr geehrte Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat,

ich muss leider – wie im vergangenen Jahr – feststellen, dass HeidelbergCement mit seinen geschäftlichen Aktivitäten einer seiner Tochterfirmen in dem von Israel besetzten Westjordanland weiterhin und fortgesetzt gegen das Völkerrecht verstößt, und stelle deshalb den Antrag auf Nichtentlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats für das vergangene Geschäftsjahr.

Begründung

Laut Geschäftsbericht 2012 kam es 2007 zum Kauf des britischen Unternehmens Hanson. Eine Tochterfirma des Baustoff-Herstellers Hanson ist Hanson Israel mit

Sitz in Ramat Gan. Dadurch unterhält HeidelbergCement auf dem besetzten palästinensischen Gebiet zwei Betonwerke (in Modiin Illit und Atarot) sowie ein Asphaltwerk und einen sehr großen Steinbruch Nahal Raba (südlich von Elkana). Für den Steinbruch wurden von israelischer Seite über 50 Hektar Land von Bauern in der palästinensischen Gemeinde Az-Zawiya, auf deren Gemarkung er liegt, beschlagnahmt. Anders hätte dieser Steinbruch gar nicht eingerichtet werden können. (...)

Der Staat Israel als Besatzungsmacht ist verpflichtet, sich an das humanitäre Völkerrecht zu halten. Unter anderem die Europäische Union unterstreicht dies auch ganz deutlich. Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 ist es einer Besat-

zungsmacht eindeutig verboten, feindliches Eigentum wegzunehmen oder zu zerstören und sich Rohstoffe aus besetzten Gebieten anzueignen. Dies ist gültiges und geltendes und damit auch verbindliches Völkerrecht – und durchgehend die Position der internationalen Gemeinschaft, ob der UNO, EU, USA, Deutschlands, des Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte oder des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte!

Namhafte, international anerkannte israelische Rechtsexperten haben 2012 festgestellt, dass die Lizenzvergabe an israelische Unternehmen für den Abbau von Rohstoffen in einem Gebiet mit kriegsführender Besetzung illegal ist.

Adnan Nasser (rechts) von der Nahost-AG und Manfred Budzinski (ganz rechts) protestieren vor der Aufsichtsratssitzung der HeidelbergCement AG

(Foto: privat)

Hintergrund: Arbeiten in einem Steinbruch
(Foto: Thomas Max Müller/pixelio.de)

Nach Angabe der israelischen Regierung geht das Gros des im (besetzten) Westjordanland abgebauten Materials in das israelische Staatsgebiet (vgl. Israelisches Innenministerium, Planungsverwaltung, Nationaler Rahmenplan 14b), der »Rest« an die Besatzungsarmee und die völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen, um diese auszubauen, was wiederum gegen die Interessen der einheimischen palästinensischen Bevölkerung und gegen das Völkerrecht verstößt.

HeidelbergCement beteiligt sich über Hanson Israel eindeutig an einem Bruch des Völkerrechts. (...) Artikel 1 der vierten Genfer Konvention verpflichtet alle Staaten, für die Durchsetzung der Einhaltung des geltenden Völkerrechts Sorge zu tragen. Nach dieser Konvention sind der Lebensraum und die Institutionen der ansässigen Bevölkerung vor willkürlicher Enteignung, Zerstörung und Besiedlung durch die Besatzungsmacht geschützt.

Von der Botschaft der palästinensischen Vertretung in Berlin wurde mir im vergangenen Jahr wie auch bei einem Besuch bei der Botschafterin im April dieses Jahres ausdrücklich bestätigt, dass es keinerlei Verträge zwischen der palästinensischen Autonomiebehörde und der israelischen Regierung über den Abbau in Steinbrüchen in den von Israel völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebieten gibt. Das heißt, es gibt keine Abbaugenehmigungen durch die palästinensische Seite, also durch die wirklichen Eigentümer! (...)

Der Aufsichtsrat ist seiner Kontroll- und Aufsichtspflicht nicht nachgekommen, da er es zulässt, dass der Vorstand durch seine Geschäftspolitik die Nichteinhaltung des Völkerrechts in dem von Israel besetzten Westjordanland unterstützt. Es dürfte dem Aufsichtsrat bekannt sein, dass vor nunmehr fast zehn Jahren (2004) das Rechtsgutachten des Internationalen Ge-

richtshofs (IGH) zum Mauerbau die Rechtswidrigkeit bestimmter israelischer Besatzungsmaßnahmen bekräftigte, darunter den Bau von Siedlungen, und die Rechtspflicht aller Staaten bestätigte, diesen Maßnahmen »keine Beihilfe oder Unterstützung« zu gewähren. Dies gilt somit auch für die Unternehmensbereiche von Hanson Israel, die im Staatsgebiet Israels innerhalb der Grenzen von vor 1967 liegen! Der Europäische Gerichtshof hat 2010 geurteilt, dass Siedlungen nicht zum Staatsgebiet Israels zählen. Die israelischen Siedlungen in der Westbank und in Ostjerusalem sind ein Haupthindernis auf dem Weg zu einem gerechten Frieden in Nahost. Auf der Homepage des Auswärtigen Amtes heißt es: »In Bezug auf Eigentumserwerb oder Investitionen in den Siedlungen wird darauf hingewiesen, dass die Siedlungen nach Auffassung der Bundesregierung gegen das Völkerrecht verstoßen.« (...)

Der Staat Israel entstand 1948 aufgrund einer UN-Resolution. Seit Jahrzehnten halten sich israelische Regierungen nicht an das humanitäre Völkerrecht und ignorieren alle weiteren sie betreffenden UN-Resolutionen. Dies kann aber für ein DAX-Unternehmen wie HeidelbergCement kein – ich wiederhole – kein Grund sein, ähnlich zu handeln! Es ist eines der »weltweit führenden Baustoffhersteller« mit rund 53 000 Mitarbeitern in über 40 Ländern (so z. B. im Geschäftsbericht 2013) nicht würdig, völkerrechtswidrig zu produzieren und so internationales Recht nicht einzuhalten und sich maßgeblich am Bruch des Völkerrechts zu beteiligen. (...)

Wenn wir vom Völkerrecht her argumentieren, ist es also klar:

Sie müssen die am Anfang genannten vier Bereiche mit einer Entschädigungszahlung zurückgeben. Als Aktionär würde ich dazu raten, so schnell wie möglich zu verkaufen und eine Entschädigung an die früheren Eigentümer/-innen zu zahlen. (...)

Manfred Budzinski

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Mitglied von pax christi Rottenburg-Stuttgart und Sprecher der Nahost-Kommission Deutsche Sektion

(Text wurde von der Redaktion gekürzt.)



BUCHEMPFEHLUNG

Als 19-Jähriger wurde Ludwig Baumann zur Kriegsmarine eingezogen, doch mit Hitlers Kampf wollte er nichts zu tun haben. Im Juni 1942 unternahm er mit einem Kameraden mit Hilfe französischer Résistance-Kämpfer einen Fluchtversuch und wurde wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt. Dass auf Einwirken seines Vaters seine Strafe in eine 12-jährige Haftstrafe abgewandelt wurde, erfuhr er erst nach Monaten voller Angst in der Todeszelle. Im April 1943 kam er ins KZ Esterwegen, dann ins Wehrmachtsgefängnis Torgau und wurde schließlich mit dem berühmten »Bewährungsbatallion 500« an die Ostfront geschickt.

Baumann hat überlebt. Sein Leiden endete jedoch nicht mit Kriegsende: Deserteure galten noch lange als Verräter und Feiglinge. Baumann wurde zu einem wichtigen Protagonisten der Friedensbewegung. Der letzte lebende Wehrmachtsdeserteur hält ein flammendes Plädoyer gegen den Krieg.

In der »Süddeutschen Zeitung« schrieb Peter Kalmbach über das Buch: »Eine Schrift, die überfällig war. Sie holt ein gesellschaftliches Versäumnis nach, das in die Anfangstage der Bundesrepublik gehört hätte. Die Tiefgründigkeit dieses schonungslosen Selbstbildnisses lässt nicht nur die Mahnungen der Vergangenheit leben: Als Erinnerung an Gewalt, Rechtlosigkeit und Willkür ist es zeitlos.«

Ludwig Baumann: Niemals gegen das Gewissen. Plädoyer des letzten Wehrmachtsdeserteurs. Herder-Verlag 2014 (ISBN 978-3-451-30984-7)



Christian Turrey

Journalist und kath. Theologe, Mitglied der Rundbrief-Redaktion

► September 2014

12.–14.09., Sasbach

19. Bundesweites Vernetzungstreffen der Ökumenischen Friedensgebetsgruppen; Haus Hochfelden
Informationen: www.paxchristi-freiburg.de

24.09., Giengen

Einladung zum **bio regio fairen Menü im Rahmen der Fairen Woche**, Heilig-Geist-Zentrum; 15 Euro
Anmeldung und Infos: www.ako-drs.de

26.–28.09., Stuttgart

pax christi-Diözesanversammlung

► Oktober 2014

04.10.

Aktionstag gegen Drohnen

12.10., Hochberg bei Bad Saulgau

Josef-Ruf-Gedenkgottesdienst, 10 Uhr

10.10., 14.00–22.30 Uhr und 11.10., 9.00–16.00 Uhr, Stuttgart
Seminar »Civil Powker« – ein neues Lernspiel zu zivilem Engagement in internationalen Konflikten; Haus der kath. Kirche, Königstraße 7;
Tagungsgebühr (inkl. Essen/Getränke): 30 Euro, Schüler/Studenten 20 Euro

Täglich hören wir von Krisen, Kriegen und Konflikten. Ein Militäreinsatz zur Gewalteinhebung ist bei uns als Interventionsmittel bekannt und akzeptiert. Weitaus weniger im Blick sind die zivilen Mittel, mit denen wir uns gegen globale Gewalt-Eskalationen engagieren können. Das für die Oberstufe neu entwickelte Lernspiel »Civil Powker« will Menschen genau dazu inspirieren. Die Teilnehmer spielen ihre Handlungsmöglichkeiten in Deutschland anlässlich eines konkreten Konflikts irgendwo auf der Welt durch. Sie schlüpfen in die Rollen der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik und empfinden Einflussmöglichkeiten nach. Mit den Handlungsoptionen wird »gepokert«.

Trainer der MultiplikatorInnenschulung ist Karl-Heinz Bittl, der das Spiel mitentwickelt hat. Co-TrainerIn ist Silvia Popp, Friedenswerkstatt Mutlangen.

Mehr unter www.eiccc.org oder www.fbf.nuernberg.de bzw. www.civilpowker.de

► Oktober/November 2014

31.10.–02.11., Fulda

pax christi-Delegiertenversammlung

► November 2014

08.11., Rottenburg

Diözesaner Ehrenamtskongress

09.–19.11.

Ökumenische Friedensdekade

»Befreit zum Widerstehen«

► Januar 2015

09./10.01.

Tag der Verbände



• **Impressum**

Herausgegeben von

pax christi

Bistumsstelle Rottenburg-Stuttgart

Jahnstraße 30

70597 Stuttgart

Tel.: (0711) 9791–216

Fax: (0711) 9791–159

E-Mail: Paxchristi-rs@bo.drs.de

www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de

Geschäftsführer und Referent für Friedensarbeit:

Stefan Schneider (Adresse wie oben)

Referentin:

Mechthild Foldenauer (Adresse wie oben)

Vorsitzender:

Reinhold Gieringer

Am Bauschberg 40

72108 Rottenburg

Tel.: (07472) 41383

reinhold.gieringer@web.de

Geistliche Beirätin:

Birgit Clemens

Adlerweg 4

73326 Deggingen

Tel.: (07334) 924718

birgit.clemens@web.de

Geistlicher Beirat:

Dr. Wolfgang Gramer

Bietigheimer Str. 9/2

74321 Bietigheim-

Bissingen

Tel.: (07142) 7095011

woleole@gmx.de

Bankverbindung:

Pax-Bank eG

BLZ: 37060193, Konto-Nr.: 6031914017

IBAN: DE09 3706 0193 6031 9140 17,

BIC: GENODED1PAX

NEU!

Redaktion:

Susanne Hellstern

Christian Turrey

(Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder)

Gestaltung:

Birgit Weber

Druck:

UWS Papier & Druck GmbH, Stuttgart

Versand:

Neckartalwerkstätten, Stuttgart

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 800 Exemplare

• **Basisgruppen**

Esslingen: Irmgard Hansberger, Hölderlinweg 54, 73728 Esslingen, Tel. (0711) 318979

Heidenheim: Pfr. Georg Höfer, Brunnenstraße 3, 89561 Dunstelkingen, Tel. (07327) 380

Heilbronn: N.N.

Kirchheim: Karl-Heinz Wiest, Steingrubenweg 8, 73230 Kirchheim, Tel. (07021) 41132

Mössingen: Josef Benz, Marienburger Straße 23, 72116 Mössingen, Tel. (07473) 1421

Ravensburg: Klaus Dick, Aigenweg 4/1, 88214 Ravensburg, Tel. (0751) 16476

Rottenburg: Reinhold Gieringer, Am Bauschberg 40, 72108 Rottenburg, Tel. (07472) 41383

Schramberg: Roland Saurer, Höflestraße 38, 78713 Schramberg

Stuttgart: N.N., bitte bei der Bistumsstelle erfragen

Sulzbach: Marie-Louise Deichler, Am Neufeld 30, 71570 Oppenweiler, Tel. (07191) 4251

Tuttlingen: Willi Koch, Lembergerstraße 29, 78588 Denkingen, Tel. (07424) 84448

Wangen: Christa Brückner, Birkenstraße 9, 88239 Wangen, Tel. (07522) 5241

Arbeitsgruppe Nahost:

c/o Adnan Nasser, Strebelstraße 11a, 70599 Stuttgart, Tel. (0711) 4579858, a.nasser@online.de